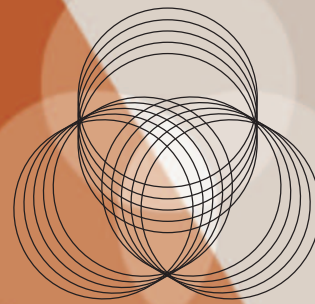


# IFSH aktuell 100



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

August / September 2013

## Gender, Konflikt und Klimawandel – ein wenig beachteter Nexus

Am 16. und 17. September 2013 fand am KlimaCampus der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH ein internationaler Workshop unter dem Titel „Gendering a Sustainable Future: Conflict, Genocide and Climate Change“ statt. Die ca. 35 Teilnehmer beschäftigten sich in sechs Sessions sowie einem Eröffnungs- und einem Abschlussvortrag intensiv mit dem Zusammenhang zwischen Gender und Konflikt/Massengewalt einerseits sowie zwischen Klimawandel und Konflikt und zwischen Klimawandel und Gender andererseits.



*Jamal Khabil Sobeh referiert über sexualisierte Gewalt in Syrien, moderiert von Christiane Fröblich, IFSH.*

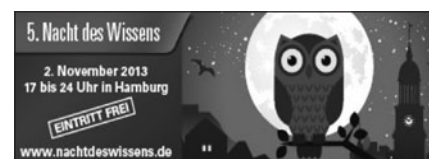
Den Anfang machte Elisa von Joeden-Forgey, Visiting Assistant Professor for Holocaust and Genocide Studies am Richard Stockton College in New Jersey, USA, die in ihrem Eröffnungsreferat den Zusammenhang zwischen Genderrollen und Massengewalt verdeutlichte und dafür plädierte, den Begriff Genozid nicht nur für massenhafte Tötungen zu verwenden, sondern auch sexuelle Gewalt und andere Angriffe auf das, was sie die „reproductive arena“ nennt, unter dem Begriff zu fassen. Von Joeden-Forgey versteht Genozid als konzentrierten Angriff auf diese „reproductive arena“, also auf alle Bereiche, die für das Weiterleben einer bestimmten Gruppe notwendig sind, sei es die physische Reproduktionsfähigkeit oder existenzielle kulturelle, sozio-ökonomische oder politische Lebensgrundlagen. Von Joeden-Forgey sprach sich zudem für eine Neudefinition des inzwischen weitgehend sinnentleerten Nachhaltigkeitsbegriffs aus. Es solle viel stärker als bisher die Frage gestellt werden, inwieweit Gemeinschaften, Beziehungen und

Individuen nachhaltig sind und bleiben können, und dies solle als Kriterium für die Frage verwendet werden, ob in einem konkreten Fall von einem Genozid zu sprechen sei oder nicht.

Das erste Papier präsentierte Jamal Khaled Sobeh, Psychologe an der Universität Aachen; es beschäftigt sich mit sexualisierter Gewalt im aktuellen Konflikt in Syrien. Sobeh gab zunächst einen Überblick über die politische Hintergründe des Konflikts einerseits und das allgemeine Verständnis sowie fehlerhafte Interpretationen sexualisierter Gewalt andererseits. Dabei strich er beispielsweise heraus, dass sexualisierte Gewalt keineswegs nur von Männern angewendet wird und dass nicht nur Frauen Opfer solcher Gewalt sind. Sobeh beschrieb dann die zunehmende Zahl von Vergewaltigungen in Syrien, die laut Datenlage bisher vorwiegend von staatlichen Kräften zur Einschüchterung und Brechung des politischen Gegners eingesetzt wurden. Er stellte dar, wie sexualisierte Gewalt zu Posttraumatischer Belastungsstörung (PTSD) führen

kann und wie sich unbehandelte Traumata auf kommende Generationen auswirken können.

Bettina Engels von der Freien Universität Berlin stellte daraufhin einen theoretisch-konzeptionellen Rahmen für die Beschäftigung mit Konflikten über natürliche Ressourcen aus einer sozial- und konflikttheoretischen Perspektive vor. Sie betonte dabei die soziale Konstruiertheit von Natur und ihres Wertes sowie das Potenzial der politischen Ökologie, Genderfragen in die



### IFSH in der 5. Nacht des Wissens

Die vier Institute im Haus „Beim Schlupm 83“ beteiligen sich auch in diesem Jahr an der Nacht des Wissens. Am 2. November von 17 bis 24 Uhr freuen wir uns über zahlreiche Besucher. Um 19 Uhr stellen die Direktorin und die Direktoren der Institute ihre Einrichtungen vor.

Das Programm des IFSH orientiert sich am aktuellen Konfliktgeschehen. Vorträge befassen sich u.a. mit „Mali: Auf dem Weg zu einem „Sahelistan“?“ (18-18.45 Uhr), „Bürgerkrieg in Syrien – was tun?“ (23.00-23.45 Uhr), „Von Drohnen und Killer Robots – die unbemannte Kriegführung“ (20-20.45 Uhr), „Piraterie heute“ (17.00-17.45 Uhr), „Afghanistan 2014 – welche Folgen für Zentralasien?“ (22-22.45 Uhr). Ein Quiz zu Krieg und Frieden (21-22 Uhr) und Führungen durch Bibliothek und Dokumentation des IFSH runden das Programm ab.

Das Gesamtprogramm aller teilnehmenden Einrichtungen kann unter [http://nachtdeswissens.hamburg.de/index.php?article\\_id=135](http://nachtdeswissens.hamburg.de/index.php?article_id=135) eingesehen werden.

Kontakt: Susanne Bund [bund@ifsb.de](mailto:bund@ifsb.de)



Der politische runde Tisch lief nach dem Fishbowl-Prinzip ab. Moderiert wurde er von Elisabeth Hope Murray vom KlimaCampus.

Analyse von Konflikten über natürliche Ressourcen zu integrieren. Mary Michele Connellan vom *Budapest Centre for the International Prevention of Genocide and Mass Atrocities* ging in ihrem Vortrag dann auf die Möglichkeit ein, anhand von Gender-Indikatoren genozidäre Tendenzen besser voraussagen zu können. Den Abschluss des ersten Tages bildete Francesca Greco vom UNESCO World Water Assessment Programme (UNWWAP), die auf die zentrale Rolle von Frauen sowohl für die Versorgung von Haushalten mit qualitativ hochwertigem Wasser als auch für die Beilegung von Konflikten um knappe Wasserressourcen einging und gleichzeitig die immer noch starke Benachteiligung von Frauen in Fragen des „Ownerships“ betonte.

Der zweite Tag des Workshops begann mit einem politischen runden Tisch, zu dem neben dem Direktor des IFSH, Prof. Michael Brzoska, und dem Leiter der Forschungsgruppe „Klimawandel und Sicherheit“ (CliSec) am KlimaCampus, Prof. Jürgen Scheffran, Vertreter verschiedener staatlicher, halbstaatlicher, nicht-staatlicher und internationaler Organisationen teilnahmen. Zu ihnen gehörten Francesca Greco vom UNESCO World Water Assessment Programme (UNWWAP), Eckhard Volkmann vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Henri Myrntinen von International Alert sowie Nishat Kazmi von der Heinrich-Böll-Stiftung Pakistan. Die Teilnehmer tauschten sich in einer regen Diskussion über den Zusammenhang zwischen Klimawandel, Konflikt und Gender aus ihren verschiedenen Perspektiven aus und berichteten von ihren jeweiligen Erfahrungen in der Umsetzung von genderspezifischen Ansätzen in der Forschung und der Entwicklungszusammenarbeit. Zu den Themen gehörten die Frage, inwieweit Genozid eine ökologische Dimension hat und als „Ökozid“ klassifiziert werden kann, die zentrale Rolle des jeweiligen Konfliktkontextes für die Entwicklung passender Instrumente sowie die Komplexität des behandelten Nexus, dessen Analyse unter anderem

Fragen der Ethnizität, der geografischen Lage (rural vs. urban u.ä.) sowie der Ausprägung von Staatlichkeit beantworten muss.

Den Abschluss bildeten zwei Papiere von afrikanischen Wissenschaftlern, die sich sowohl mit theoretisch-methodischen Fragen von Gewalt, Gender und Klimawandel beschäftigten als auch detailreiche Fallstudien



Die WorkshopteilnehmerInnen: v.l.n.r.: Amie Florette Tchikankou, Jürgen Zimmerer, Mary Michele Connellan, Giovanna Gioli, Elisabeth Hope Murray, Elisa von Joeden-Forgey, Christiane Fröblich, Jamal Khaled Sobeh, Tobias Ide, Nishat Kazmi.

vorstellten. Chidiebere James Onwutuebe von der Obafemi Awolowo Universität in Ile-Ife, Nigeria, präsentierte sein Papier über Genderdiskriminierung, strukturelle Gewalt und Klimawandel, und Amie Florette Tchikankou von *Actions Vitales pour le Développement* aus Yaoundé, Kamerun, stellte ihre Fallstudie über den genderbasierten Umgang mit Landkonflikten in der Region Bazou im Westen Kameruns vor. Prof. Jürgen Zimmerer schlug in seiner Abschlussrede dann den Bogen von bedrohten Eliten als Ursprung von genozidären Tendenzen hin zu Möglichkeiten nachhaltiger Gewaltprävention.

Der Workshop war der Auftakt einer Workshop-Serie, die sich mit unterschiedlichen Aspekten des Nexus Gender-Konflikt-Klimawandel beschäftigen wird. Die nächsten Workshops werden sich voraussichtlich mit der Ressource Wasser und der Rolle von Migrationsbewegungen innerhalb dieses Themenfelds beschäftigen. Im Juni 2015 wird zudem ein *Special Issue* zum Thema Gender, Konflikt und Klimawandel in der Zeitschrift PEACE REVIEW erscheinen.

Kontakt: Christiane Fröblich [froeblich@ifsh.de](mailto:froeblich@ifsh.de)

## Internationaler Workshop „Zukunft der Rüstungskontrolle“ in Berlin



Auf dem Panel „Limiting military competition under conditions of military asymmetry“. (V.l.n.r.) Oliver Meier, Alyson Bailes, Michael Brzoska, Ralf Flücks, Nikolai Sokov und Steven Pifer.

Am 9./10. September 2013 fand in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, eine maßgeblich vom IFSH mitgestaltete Konferenz zum Thema „The future of arms control. Co-operative arms limitations and reductions in times of global change“ statt. Partner war neben der HBS auch die Stiftung Wissenschaft und Politik. Ausgangspunkt für die Konferenz war die Feststellung, dass Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtweiterverbreitung sowohl im konventionellen Bereich als auch bei den nuklearen, chemischen und biologischen Waffen neuer Impulse und Ansätze bedürfen, da sich die bestehenden Regime und Instrumente in einer Krise befinden.

Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle erfolgen heute unter widersprüchlichen Bedingungen. Das Ende des Kalten Kriegs hat einerseits Rüstungswettläufe gebremst. Andererseits sehen Ost wie West internationale Politik nach wie vor auch unter dem Aspekt der Wahrung des militärischen Gleichgewichts. Ein Beispiel dafür ist der Streit über Raketenabwehrsysteme in Europa. Die Bedrohung durch internationale Terrornetzwerke, die Gefahr des Missbrauchs ziviler Technologien für militärische Zwecke sowie Risiken durch neue Militärtechnologien, etwa im Cyberspace oder durch Kampfdrohnen, erschweren ein kooperatives Vorgehen ebenfalls. Die unbegrenzte Verfügbarkeit von Waffen, speziell von Kleinwaffen und leichten Waffen, verschärft regionale Konflikte. Gerade in letzterem Zusammenhang scheint Rüstungskontrolle heute weniger das Ziel zu haben, Konflikte zwischen Staaten zu entschärfen, sie wird vielmehr verstärkt auch als Mittel angesehen, innerstaatliche Konflikte zu verhindern oder zu begrenzen. Ein derart breites Verständnis von Rüstungskontrolle erfordert dann auch, dass neue Akteure wie die Privatwirtschaft und NGOs einbezogen werden müssen.

Die Konferenz erörterte diese Probleme unter globalen wie auch regionalen Gesichtspunkten. Diskutiert wurde insbesondere, wel-





che realistischen Erwartungen an Rüstungskontrolle gestellt werden können, welche Interessen zentrale Akteure haben und wie zeitgemäße, wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle aussehen sollten. Ralf Fücks und Michael Brzoska eröffneten die Tagung, an der ca. 50 Experten teilnahmen. Die sechs Panels wurden von über 20 Sprechern bestritten, darunter Alyson Bailes, Mark Hibbs, Patricia Lewis, Nobuyasu Abe, Pervez Hoodbhoy, Nikolai Sokov und Li Hong. Das IFSH vertrat Christian Alwardt, Anne Finger, Michael Brzoska und Götz Neuneck.

Anne Finger moderierte u.a. anderem eine öffentliche Podiumsdiskussion zu deutschen Interessen bei Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, die der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Botschafter Rolf Nickel, mit einem Grundsatzreferat einleitete. Pannellisten waren der ehemalige britische Verteidigungsminister Lord Browne of Ladyton, Steven Pifer von der Brookings Institution in Washington und die Bundestagsabgeordnete Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen).

*Kontakt: Anne Finger/Götz Neuneck  
finger@ifsb.de/neuneck@ifsb.de*

## DAAD-Sommerschule zum Afghanistankonflikt und Zentralasien

Was passiert, wenn 2014 die ISAF-Truppen aus Afghanistan abziehen, ohne dass dort von einem halbwegs stabilen Frieden gesprochen werden kann? Die Frage beschäftigt nicht nur die Afghanen selbst und die ISAF-Teilnehmer, sondern auch die acht Nachbarstaaten.



*Die Workshopteilnehmer und -teinebmerinnen*

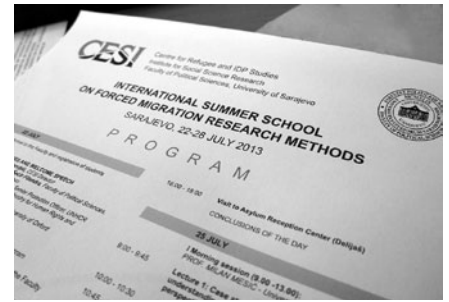
Zum zweiten Mal hat das IFSH eine Sommerschule zum Afghanistankonflikt und dessen Bedeutung für Zentralasien vor Ort in der Region durchgeführt. Sie wurde im Rahmen des Programms „Konfliktprävention im Kaukasus, Zentralasien und Moldau“ vom DAAD mit Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert. Teilnehmer waren achtzehn junge Akademiker/-innen aus allen fünf zentralasiatischen Staaten sowie aus Afghanistan, wobei die Hälfte der Teilnehmer schon bei der ersten Sommerschule dabei war. Die diesjährige

Sommerschule im August in Duschanbe bot den Teilnehmern theoretische und praktische Seminare sowie Exkursionen zu politisch wichtigen Orten an. Michael Brzoska, Direktor des IFSH, bot drei grundlegende Seminare an: Ein Seminar zu den aktuellen Fragen und Ansätzen in der Friedens- und Konfliktforschung gab den Teilnehmern einen Überblick und ermöglichte die Einordnung ihrer eigenen Forschungsarbeiten in den Forschungsdiskurs. Ein weiteres Seminar zum Thema Sicherheitssektorreform in Entwicklungsländern beleuchtete das Thema in theoretischer Perspektive vor dem Hintergrund anstehender Reformen in Zentralasien und Afghanistan. Das dritte Seminar ging der Frage nach, wie sich die Afghanistanerfahrung auf die Zukunft der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auswirken könnte. Thomas Ruttig, Ko-Direktor des Afghanistan Analyst Network, berichtete in zwei Seminaren über die Entwicklungen in Afghanistan. Sein erstes Seminar war der Sozial- und Konfliktgeschichte gewidmet. Im zweiten entwarf Ruttig Szenarien für Afghanistan nach 2014 und nahm dabei insbesondere auch die – für Zentralasien besonders relevante – nördliche Region unter die Lupe. Rustam Burnaschew, Professor an der Deutsch-Kasachischen Universität, referierte in zwei Seminaren zu Sicherheitsbedrohungen und zur Sicherheitspolitik in Zentralasien. Etwas Besonderes war das Kolloquium von Arne C. Seifert, Senior Research Fellow bei CORE/IFSH, der neben seinem Vortrag zum politischen Islam in Zentralasien ein Streitgespräch zwischen einem Vertreter der islamischen Partei und des säkularen Staates organisierte. Exkursionen zu politisch und historisch wichtigen Orten in Tadschikistan rundete die Sommerschule ab.

*Kontakt: Sebastian Schiek  
schiek@ifsb.de*

## Internationale Sommerschule „Forced Migration Research Methods“ in Sarajevo

Vom 22. bis 28. Juli 2013 fand in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina, die internationale Sommerschule zum Thema „Forced Migration Research Methods“ statt. Sie zielte darauf ab, junge Sozialwissenschaftler auf Master- und Doktorandenniveau auf diesem Forschungsfeld auszubilden. Basierend auf einer Vielzahl an disziplinären Ansätzen, hat die Sommerschule die für dieses Forschungsfeld spezifischen methodologischen und ethischen Fragen in den Vordergrund gerückt. Das interdisziplinäre Forschungsfeld konzentriert sich auf Ursachen und Auswirkungen der Zwangsmigration, um die Lebensumstände einer der weltweit am meisten gefährdeten Menschen, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, zu verbessern.



*Das Programm der Sommerschule*

Organisiert und durchgeführt wurde die Sommerschule vom Centre for Refugee and IDP Studies (CESI) an der Universität in Sarajevo in Kooperation mit dem IFSH und dem UNHCR in Sarajevo. Der DAAD hat die Finanzierung der Sommerschule für insgesamt 20 Teilnehmer/-innen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien übernommen.

Die Sommerschule bestand aus Vorlesungen, Workshops und Gruppenarbeit u.a. zu ethischen, psychologischen und rechtlichen Fragen der Forschung über Zwangsmigration. Alle Vorlesungen und Workshops wurden von prominenten Vertreterinnen und Vertreter des Forschungsfelds, darunter Prof. Barbara Harrell-Bond von der Universität Oxford, Prof. Brad Blitz von der Universität Middlesex, Prof. Milan Mesic von der Universität Zagreb und Prof. Hans-Joachim Heintze von der Ruhr-Universität Bochum, gehalten. Unterstützt wurden diese durch UN-Experten sowie Experten aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Auf die methodologische Ausbildung der Teilnehmer wurde großer Wert gelegt. Zum Programm gehörten auch thematisch passende Dokumentarfilme sowie eine Podiumsdiskussion zum Thema „(Dis)placing Srebrenica: From safe zone to crime against humanity, deportation, mass expulsion and the ensuing struggle for home“.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden aufgefordert, eigene Forschungsprojekte zu entwickeln. CESI hat sich bereit erklärt, für den besten Forschungsantrag nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, damit er implementiert werden kann. Auf diese Weise soll die Kooperation unter den beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch in Zukunft gewährleistet werden.

*Kontakt:  
Naida Mehmedbegovic Dreilich naida.m@ifsb.de*

## Diskussionsveranstaltung über maritime Sicherheit mit Politik und Wirtschaft

Anlässlich des Erscheinens der Abschlusspublikation des PiraT-Projekts (Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelsicherheit Deutschlands: Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie, hrsg.



Auf dem Podium (v.l.n.r.): Michael Brzoska (IFSH), Burkhardt Müller-Sönksen (FDP), Niels Annen (SPD), Patricia Schneider (IFSH) und Daniel Hosseus (VDR).

von Ehrhart, Petretto, Schneider, Blecker, Engerer, König) organisierte das IFSH eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Maritime Sicherheit als Herausforderung für den deutschen Seehandel – eine Diskussion der Empfehlungen des PiraT-Projekts für Politik und Wirtschaft“. Die Veranstaltung mit knapp 70 Teilnehmer/-innen wurde mit Mitteln der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) gefördert. Auf dem Podium diskutierten Daniel Hosseus (Verband Deutscher Reeder), Niels Annen (SPD), Burkhardt Müller-Sönksen (FDP) und Patricia Schneider (IFSH).

Nach der Begrüßung der Gäste leitete der Direktor des IFSH, Prof. Michael Brzoska, die Diskussion ein. Piraterie sei nur in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteuren effektiv anzugehen, betonte er und bezog sich damit auf das Konzept der Security Governance, auf dem das PiraT-Projekt basiert (vgl. www.maritimesicherheit.eu). Im Anschluss stellte Patricia Schneider (IFSH) die Projektergebnisse vor. Nach einer Darlegung von bisherigen Defiziten präsentierte sie die Handlungsempfehlungen der Projektpartner für Politik und Wirtschaft.

Anschließend äußerte sich Daniel Hosseus vom Verband Deutscher Reeder zur aktuellen Geisellage von Seeleuten und zu den extremen Bedingungen, denen Geiseln und deren Familien immer wieder ausgesetzt sind. Vor allem aber betonte Herr Hosseus, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen von Piraterie für Deutschland als Exportweltmeister und importabhängiges

Land nicht unterschätzt werden dürften und dass Deutschland eine Führungsrolle bei der Entwicklung einer maritimen Sicherheitsstrategie einnehmen sollte. Er betonte auch den Standpunkt der Reeder, die hoheitliche Kräfte zum Schutz von Schiffen weiterhin den privaten Sicherheitsdiensten vorziehen. Burkhardt Müller-Sönksen (MdB, FDP), ehemals als Kapitän der Reserve im Flottenkommando tätig, ging auf die Schwierigkeiten bei der Pirateriebekämpfung und vor allem der Verfolgung von

Hintermännern und Finanzströmen ein. Außerdem hob er die Bedeutung des Schutzes des World Food Programs der UN und den erfolgreichen Schutz der Nahrungslieferungen durch Atalanta hervor. Niels Annen (SPD) beschrieb Piraterie aus Somalia als ein Phänomen organisierter Kriminalität, beeinflusst von Armut und zerfallender Staatlichkeit mit enormen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Es folgte eine rege Debatte mit vielen Kommentaren aus dem Publikum, darunter u. a. Vertreter vom Verband Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere (VDKS), Kapitäne, Juristen und Unternehmer. Intensiv diskutiert wurde das neue deutsche Zulassungsverfahren für private Sicherheitsdienste, die dortigen Eskalationsstufen beim Einsatz von Gewalt und die Letztverantwortung des Kapitäns und seine Haftung im Falle eines Fehlverhaltens. Des Weiteren wurden illegale Fischfang und Giftmüllverklappung als Einflussgrößen sowie die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Konflikten und sozialen Problemen an Land diskutiert. In einem Punkt waren sich alle Beteiligten einig, nämlich dass Sicherheitsproblemen im maritimen Raum allgemein mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse.

Kontakt: Patricia Schneider schneider@ifsh.de

## PUBLIKATIONEN

**Johann Schmid (2013): Kampfdrohnen, Krieg & Moral. In: Denkwürdigkeiten, Journal der Politisch-Militärischen Gesellschaft e. V. (pmg) in Berlin, Nr. 84 Juni 2013, ISSN 1436-3070, S. 1-5, <http://www.pmg-ev.com/deutsch/dw/2013-84-Denkwerdigkeiten.pdf>.**

Unbemannte Luftfahrzeugsysteme, umgangssprachlich meist als „Drohnen“ bezeichnet, sind derzeit politisch wie medial ein häufig adressiertes (und in aller Regel einseitig negativ konnotiertes) Thema. Während in letzter Zeit insbesondere das kostspielige Scheitern der Beschaffung der strategischen Aufklärungsdrohne Euro Hawk für die Bundeswehr die Gemüter bewegte, sorgt ansonsten insbesondere das geheimdienstliche, d. h. nicht-militärische „Drohnenprogramm“ der amerikanischen CIA zur gezielten Tötung von Terrorverdächtigen in entlegenen Weltregionen für ethisch-moralische, völkerrechtliche wie auch politische Kritik. Dieser Punkt beherrscht die Debatte um bewaffnete sogenannte „Kampfdrohnen“ hierzulande in dem Maße, dass deren eigentliche und für Deutschland einzig mögliche und legitime Zweckbestimmung, nämlich der als eines militärischen Mittels im Rahmen des bestehenden Aufgaben- und Einsatzspektrums der Bundeswehr, nahezu vollständig aus dem Blickfeld gerät, (beziehungsweise entsprechend diskreditiert wird). Möglichkeiten und Chancen, wie auch Notwendigkeiten, die sich aus dieser neuen Technologie für die militärische Auftrags-erfüllung ergeben, werden hierbei weitgehend ausgeblendet. Zu prüfen, welchen Beitrag Kampfdrohnen als modernes militärisches Mittel zur Vorbeugung, Ein-

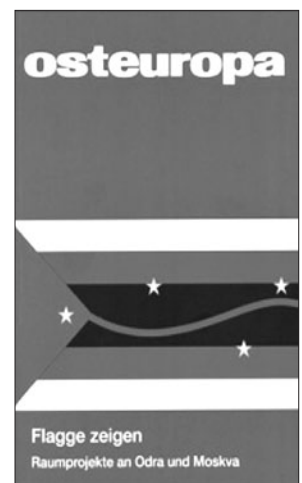
hegung und Begrenzung, wie auch zur Beendigung bestehender Gewaltkonflikte leisten können, ist nicht nur eine verteidigungs- und sicherheitspolitische Frage von höchster Relevanz, sondern stellt insbesondere auch eine ethisch-moralische Sollensforderung dar.

Kontakt: Johann Schmid Schmid@ifsh.de

**Regina Heller: Wenn Status zur fixen Idee wird. Russland – zur Großmacht verdammt?, in: OSTEUROPA 8/2013, S. 45-58.**

Russlands politische Elite beschwört den Großmachtstatus ihres Landes wie ein Mantra. Russland habe weiter ein Recht darauf, die gleiche Rolle in der Weltpolitik zu spielen wie die Sowjetunion und das Zarenreich. Russlands Außenpolitik zeigt allerdings, dass es Moskau weniger um tatsächlichen Machtzuwachs geht, als vielmehr um Anerkennung des sozialen Status als Großmacht. Russland will dabei sein, will konsultiert, in seinem Selbstbild akzeptiert und respektiert werden, die Politik ist jedoch inhaltsleer und wenig konstruktiv.

Kontakt: Regina Heller heller@ifsh.de



 **IFSH aktuell**  
Ausgabe 100  
August/September 2013

Verantwortlich für diese Ausgabe:  
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und  
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg  
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg  
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15  
E-Mail: ifsh@ifsh.de · http://www.ifsh.de